

2012

jahresbericht



Wir haben noch viel vor!

Im vergangen Jahr haben wir ein weiteres Mal unsere aufrechte Haltung als Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Bürgergesellschaft gezeigt. 37.000 Menschen haben die größte Bürgerklage in der deutschen Geschichte unterstützt. Zwar haben wir vor dem Bundesverfassungsgericht nicht die Volksabstimmung über ESM und Fiskalvertrag erreicht, wohl aber eine Zäsur und ein Nachdenken über die Alltagshektik der politischen Entscheidungen.

Jahr für Jahr gelingt es uns, einen Meilenstein auf dem Weg zu bundesweiten Volksentscheiden zu setzen. Letztes Jahr war es ein besonders großer!

Für die Politik wird nach den Unruhen um Stuttgart 21 und nach unserer Verfassungsbeschwerde „Europa braucht mehr

Demokratie“ deutlich: Es wird immer schwerer, hinter verschlossenen Türen, ohne uns Bürgerinnen und Bürger, die großen Weichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu stellen.

Stattdessen setzt sich allmählich die Einsicht durch, dass nur mit uns allen zusammen die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden können. Eine Gemeinschaft handelt oft klüger als der Klügste in ihr.

Dank Ihrer Hilfe blicken wir auf ein erfolgreiches Jahr zurück! Man kennt und schätzt unsere Arbeit zunehmend. Jetzt gilt es, unser Vorhaben auf die Zielgerade zu bringen und die bundesweite Volksabstimmung – fair und anwendbar geregelt – ins Grundgesetz zu tragen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir deshalb mit Aktionen, Veröffentlichungen und Gesprächen

den Bundestagswahlkampf und die Koalitionsverhandlungen begleiten.

Mit besten Grüßen

Ihre Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin



Januar

Nach langem Ringen wird in **Hamburg** ein Gesetzentwurf für noch bessere Regelungen der direkten Demokratie auf Bezirksebene auf den Weg gebracht. Erarbeitet hatte ihn eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Landesverband von Mehr Demokratie.

Der Landtag in **Brandenburg** senkt das Wahlalter für die Landtagswahlen auf 16 Jahre und verabschiedet erste Verbesserungen für Volksbegehren und Volksentscheide: Zwar ist die freie Unterschriftensammlung noch immer nicht möglich, aber es gibt die Variante der Briefeintragung und es können zusätzliche Eintragungsstellen genutzt werden.

Mai

Unmittelbar nach der Landtagswahl am 13. Mai verkündet die rot-grüne Landesregierung in **NRW**, dass sie die Hürden für Volksbegehren senken will. Dazu beigetragen haben auch die Aktivitäten des Landesverbands, der mit der Aktion „Volksbegehren reformieren“ schon im Vorfeld der Wahl immer wieder daran erinnert hatte: Fast alle Parteien versprechen bessere Bedingungen für Volksbegehren – jetzt müssen den Worten auch Taten folgen.

Juni

Ausgelöst durch unsere Volksinitiative bekommt **Hamburg** ein deutschlandweit bislang einmaliges Transparenzgesetz. Künftig müssen Politik und Verwaltung Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet zugänglich machen. Die Einführung eines Informationsregisters war eine der Hauptforderungen der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“. Sie wurde von allen Bürgerschaftsfraktionen übernommen.

Die Regierungskoalition in **Schleswig-Holstein** beschließt, der erfolgreichen Mehr Demokratie-Volksinitiative nachzukommen und im Bundesrat eine Initiative für die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen zu ergreifen.

Zeitgleich mit der Verabschiedung von Eurorettungsschirm (ESM) und Fiskalvertrag durch Bundestag und Bundesrat übergibt das Bündnis „Europa braucht Mehr Demokratie“ dem Bundesverfassungsgericht 12.000 Vollmachten für die Bürgerklage zu den Verträgen. Verbunden damit ist ein Eilantrag, um ESM und Fiskalvertrag vorerst zu stoppen. Die **Europa-Verfassungsbeschwerde** wird mit insgesamt mehr als 37.000 Unterstützer/innen zur größten in der Geschichte der Bundesrepublik werden.

Juli

Auf Antrag der CDU beschließen in **Bremen** alle Fraktionen in erster Lesung, die Hürden bei verfassungsändernden Volksentscheiden zu senken. Außerdem sollen zwingend Volksentscheide stattfinden, wenn öffentliches Eigentum privatisiert wird. Am 4. Juli wird in Bremerhaven einstimmig die Reform von Bürgerbegehren und -entscheiden verabschiedet: Unterschriften- und Zustimmungsquorum sollen gesenkt, Bürgerbegehren über Baupläne erlaubt werden.

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt in einer Anhörung über mehrere **Eilanträge zu ESM und Fiskalvertrag**. Das zeigt, wie wichtig das Gericht die Bedenken der Kläger/innen gegen die Eurorettungsmaßnahmen nimmt.

Das Bundesverfassungsgericht bestätigt mit seinem Urteil die Ansicht von wahlrecht.de und Mehr Demokratie, dass das von CDU und FDP durchgedrückte Bundeswahlrecht gegen das Grundgesetz verstößt. Das negative Stimmgewicht, das den Wählerwillen verzerrt, muss durch eine Wahlrechtsreform beseitigt, die Zahl der Überhangmandate muss begrenzt werden. Damit ist unsere **Wahlrechts-Verfassungsbeschwerde** erfolgreich.

August

Nach der erfolgreichen Hessen-Tour im Juni reist Mehr Demokratie unter dem Motto „Volksentscheid, sonst klagen wir!“

mit dem sieben Meter hohen aufblasbaren Gesetzbuch eine Woche lang durch **Rheinland-Pfalz**. Die Aktiven werben für eine Volksabstimmung zu Eurorettungsschirm und Fiskalvertrag und für die Verfassungsbeschwerde zur Eurorettungspolitik.

September

Erste Entscheidung aus Karlsruhe: ESM und Fiskalvertrag dürfen nur ratifiziert werden, wenn Deutschland für max. 190 Mrd. Euro haftet und Kontrollrechte des Bundestags gesichert werden. Obwohl es die Verträge nicht stoppt, macht das Gericht damit klar, dass die Demokratiefrage bei weiteren Kompetenzübertragungen auf die EU unumgänglich wird.

Mehr Demokratie wird im Innenausschuss des Landtags in **Mecklenburg-Vorpommern** zu den von den Grünen eingebrachten Reformvorschlägen angehört: Zur Debatte stehen die Senkung von Unterschriften- und Zustimmungsquorum für Volksbegehren und Volksentscheide.

Nach jahrelangem parteitaktischen Tauziehen um eine Volksbegehrens-Reform im **Saarland** legen die rot-schwarze Landesregierung und die Piratenfraktion am 19. September Reformvorschläge für Volksbegehren und Volksentscheide vor. Während die Piraten deutlich bürgerfreundlichere Regelungen wollen, wagt die Koalition keinen großen Wurf, aber immerhin einen ersten Schritt. Eine Behandlung und Anhörung im Landtag ist für Anfang 2013 geplant.

Oktober

Die Bürgerschaft **Hamburg** verabschiedet das neue Volksabstimmungsgesetz, das auf einer Einigung aller Fraktionen mit der Initiative für faire und verbindliche Volksentscheide basiert: Verbindlichkeit, Rechtssicherheit und Transparenz bei Volksabstimmungen werden verbessert.

120 Menschen diskutieren auf der von Mehr Demokratie **Baden-Württemberg** organisierten Tagung über die Verknüpfung von verbindlichen Entscheidungs-



2012 in Bildern

Erleben Sie die Höhepunkte noch einmal mit auf youtube.com/mehr0demokratie0de oder auf flickr.com/photos/mehr-demokratie/sets/

Die Initiatoren nach der Anmeldung der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ in Hamburg

verfahren mit unverbindlicher Bürgerbeteiligung. Mehr Demokratie schlägt unter anderem vor, einen Mitspracheantrag einzuführen, mit dem die Bürger/innen per Initiative die Beteiligung in einer Sachfrage verbindlich einfordern können

Der Verfassungsgerichtshof in **Bayern** erklärt das Volksbegehren zur Abschaffung von Studiengebühren für zulässig. Anders als das Innenministerium sieht das Gericht keine Einwirkungen des Volksbegehrens auf den Landshaushalt. Damit ist die Tür für Einzelabwägungen bei finanzwirksamen Volksbegehren geöffnet.

Die Landesregierung **Schleswig-Holstein** übernimmt nach Verhandlungen mit dem Mehr Demokratie-Bündnis Kernpunkte der Volksinitiative für mehr Demokratie in den Kommunen. Unter anderem sollen die Quoren bei Bürgerbegehren und -entscheiden gesenkt werden.

November

Auf dem vom Landesverband **Hessen** mit organisierten „3. Frankfurter Geldkon-

gress“ diskutieren rund 160 Teilnehmer/innen das bestehende Geldsystem und die Zusammenhänge mit Finanz- und Staatsschuldenkrise.

Unter dem Motto „Mutlos? Eine Bürgerregierung kann mehr!“ fordert eine von Mehr Demokratie **Baden-Württemberg** organisierte Postkarten-Aktion die grüne Landesregierung auf, ihre Versprechen in Sachen direkter Demokratie in die Tat umzusetzen.

Dezember

In **Sachsen-Anhalt** gründet sich der dreizehnte Mehr Demokratie-Landesverband. Als erstes politisches Projekt wird eine Petition an den Landtag beschlossen, um die hohen Hürden für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Kommunen abzubauen.

In **Brandenburg** schafft die Initiative zum Nachtflugverbot am Flughafen BER als erstes von bisher neun Volksbegehren die zweite Stufe. Dass die Hürde von 80.000 Unterschriften erstmals genommen wer-

den konnte, ist auf Reformen des Volksabstimmungsgesetzes zurückzuführen.

In **Thüringen** startet ein bundesweit einmaliges Beteiligungsinstrument nach einem Vorschlag von Mehr Demokratie: Bürger/innen erhalten im Internet die Möglichkeit, zu Gesetzentwürfen des Thüringer Landtags direkt Stellungnahmen abzugeben, die dann in den Ausschüssen beraten werden: www.forum-landtag.thueringen.de

Bayern bringt einen Antrag in den Bundesrat ein, nach dem bestimmte europapolitische Fragen dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden sollen.

Mehr Demokratie **Sachsen** übergibt 500 Unterschriften für faire Regelungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden an die Landtagsfraktionen. Der Aufruf fordert, Abstimmungsquoren zu senken, ein Recht auf Beratung einzuführen, den für Initiativen zwingenden Kostendeckungsvorschlag zu streichen und Bürgerbegehren zur Bauleitplanung zuzulassen.

Jubiläumstagung 2013:
„Die Zukunft der direkten
Demokratie“

**Fr - So, 14. bis 16. Juni 2013,
Reinhardswaldschule in Fuldaatal
bei Kassel**

In den 25 Jahren seines Bestehens hat
Mehr Demokratie wesentlich zur Ent-
wicklung einer lebendigen direkten
Demokratie in Deutschland beigetra-
gen. Die Einführung bundesweiter
Volksentscheide ist nach Meinung vie-
ler nur noch eine Frage der Zeit.

Wir fragen anlässlich unseres Vereins-
jubiläums Vordenker/innen aktueller
gesellschaftlicher Debatten wie Götz
Werner, Herta Däubler-Gmelin oder
Johannes Stüttgen, wie sie das Verhält-
nis ihrer Anliegen zur direkten Demo-
kratie sehen. Darüber hinaus bleibt Zeit
für Austausch, Rückblick, Kunst und
Musik. Sie sind herzlich eingeladen!

Anmeldung und weitere Informatio-
nen ab Februar 2013 unter
mehr-demokratie.de/tagungen.html

Bitte vormerken

Sa - So, 27. bis 28. April 2013
Bundesmitgliederversammlung
in Erfurt

Sa - So, 23. bis 24. Nov. 2013
Bundesmitgliederversammlung
in Erfurt

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon 030 420 823 70, Fax 030 420 823 80
info@mehr-demokratie.de

Kto. Nr. 885 81 05, BLZ 700 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Finanzüberblick 2012 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
ESM-, Fiskalvertrag Verfassungsbeschwerde	137.600	-86.740	
Volksinitiative SH und Bundesratsinitiative		-27.140	
Aktionen, Sachsen, Netzwerk Bürgerbeteiligung		-17.468	
Verfassungsbeschwerde Wahlrecht	800	-18.036	
MD-Mobil		-3.434	
Reform- / Lobbyarbeit		-42.210	
	Saldo		-56.628
Democracy International			
Europäische Bürgerinitiative, europäische Netzwerkarbeit		-57.309	
Großspenden für Democracy International	55.459		
	Saldo		-1.850
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			
Website, Gestaltung, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.		-87.366	
Zeitschrift für direkte Demokratie		-47.479	
Abo Einnahmen	529		
	Saldo		-134.316
Verbandsinterne Demokratie			
Vorstandssitzungen, MVen, Mitgliederurabstimmung		-30.560	
Beiträge der Teilnehmer	2.184		
Rechtsanwaltskosten		-5.235	
	Saldo		-33.611
Bildungsarbeit			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung		-15.545	
	Saldo		-15.545
Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank, Bürgerentscheids- und Volksentscheids- berichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		-17.377	
Buchproduktion „Mehr Demokratie wagen“ / Jahrbuch DD	406	-4.000	
	Saldo		-20.971
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-52.722	
Kreditvergabe und -einnahmen	14.161	-2.623	
Kostenerstattung für Fördererwerbung durch LVen	8.429		
Bundesbürokosten Tempelhof / Berlin	6.000	-14.009	
	Saldo		-40.764
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-55.562	
Druck, Honorare, Weiterbildung		-67.170	
Beiträge	243.012		
Mailing Spenden	159.936		
Großspenden (ab 10.000 Euro)	56.828		
Sonstige Spenden	55.819		
Sonstige Einnahmen	883		
Förderung / Stiftungen	11.597		
	Saldo		405.343
Summe	753.643	-651.985	
Übertrag aus dem Jahr 2011	39.837		
Rückstellung für 2014		-80.000	
	Ergebnis 2012		61.495